Bootshaus bleibt Bootshaus und Bürokratie bleibt Bürokratie

Rein rechtlich haben das Kreisbauamt und die Stadtverwaltung sich genau an die geltenden Vorschriften gehalten. Diese Vorgehensweise ist juristisch nicht zu beanstanden. Zu beanstanden ist jedoch, dass diese Entscheidung nicht dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sowie deren Besuchern gerecht wird. Der Bürgermeister, die Verwaltung und die jahrelang dominierende Kraft in der Gemeindevertretung (SPD) haben es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, ein tragfähiges Konzept auf die Beine zu stellen. Im Bereich des intensiv genutzten Altrheinufers wurden noch nicht einmal öffentliche Toiletten durch die Stadt Ginsheim-Gustavsburg bereitgestellt! Bei konsequenter Auslegung der Leitlinie „Bootshaus bleibt Bootshaus“ fehlt eigentlich nur noch die Untersagung zur Benutzung der Toiletten des Bootshauses durch die oben genannten Institutionen. Die Stadtverwaltung weist selbst darauf hin, dass sie den Kiosk seit Jahren geduldet habe.

Was hindert die Stadt diesen Kioskbetrieb auch in Zukunft zu dulden?

Die Bürgerinnen und Bürger hätten für eine solche, bürgerfreundliche Entscheidung sicher Verständnis. Kein Verständnis haben die Menschen allerdings dafür, dass sie nunmehr beim Bootshaus noch nicht einmal ein Getränk oder Eis kaufen dürfen! Den Akten im fernen Kreisbauamt mag Genüge getan sein, den Bürgern hier vor Ort nicht.

Den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Planungsauftrag zur Umgestaltung des Altrheinufers wird einer zeitnahen Lösung für das Bootshaus nicht gerecht. Bei einem solchen Planungsprozess können Jahre ins Land gehen.

Die Freien Wähler Ginsheim-Gustavsburg hatten im Rahmen der vorgenannten Stadtverordnetenversammlung um eine Prüfung zur Befreiung vom Bebauungsplan zugunsten des Bootshauses gebeten. Eine solche Befreiung ist gemäß Baugesetzbuch unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich. Eine solche Prüfung wäre das Gegenteil von Bürokratie und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Im Falle einer Befreiung vom Baugesetzbuch, zum Wohle der Allgemeinheit, könnte das Kreisbauamt sehr wohl anders handeln und müsste nicht zwingend die Außenbewirtschaftung und den Kiosk untersagen. Alle Besucher könnten sich weiterhin am Kiosk versorgen und sogar auf der Außenanlage Platz nehmen und ihre Getränke und Eis im Schatten der Sonnenschirme genießen.

Aber: **Bürokratie bleibt Bürokratie**

Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg